



„Zukunftsvergessenheit unserer Budgetpolitik“

Forschungsratsvorsitzender **Hannes Androsch** über das Hungerleider-Budget der Akademie der Wissenschaften, obskure Steuerideen, Nudelsuppe ohne Nudeln und das Glück der Aufklärung. Mit ihm sprach **Lisa Nimmervoll**.

STANDARD: Was sagen Sie zur Situation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)? Am Montag gab es einen Protesttag, weil aufgrund einer Budgetlücke von 40 Millionen Euro für die kommenden drei Jahre Institute geschlossen werden sollen und viele Forscherstellen gefährdet sind.
Androsch: Die Akademie ist in besonderer Weise finanziell unterdotiert – trotz der schon gegebenen prekären finanziellen Lage wurde ihr Budget real gekürzt. Man hätte diese Leistungsvereinbarung mit dem Wissenschaftsministerium so nicht schließen dürfen. Ungeachtet dessen, dass die Akademie vielleicht intern mehr darauf achten könnte, in ihrer Zukunftsplanung vor allem die Natur- und Ingenieurwissenschaften nicht ganz zu vernachlässigen.

STANDARD: Ist die Akademie bei der Leistungsvereinbarung, die sie heuer erstmals mit dem Wissenschaftsministerium abgeschlossen hat, über den Tisch gezogen worden? Das Ministerium sagt, es gebe keine Budgetkürzung, ein gleichbleibendes Budget werde für die nächsten drei Jahre fortgeschrieben. Was real natürlich durch steigende Preise und Gehälter weniger Geld für die ÖAW bedeutet.
Androsch: Damit wird sich der Senat, der ja nur beratende Funktion hat und bisher nicht eingebunden worden ist, im Jänner beschäftigen. Aber generell ist die Entwicklung bei der ÖAW ein weiterer besonders markanter Ausdruck der Zukunftsvergessenheit unserer gegenwärtigen Budgetpolitik. Die Konsolidierung der öffentlichen



Haushalte ist ohne Zweifel dringendst notwendig, aber dort, wo massiv gespart werden müsste, wo Missbräuche, Ineffizienzen und Verschwendungen zu beseitigen sind, geschieht nichts. Nur mit obskuren Steuererhöhungen und mit Zukunftsverhinderung ist die Konsolidierung sowieso nicht zu schaffen, weil ohne Wachstum lässt sich – und auf das lege ich jetzt besonderen Wert – keine Schuldenquote entwickeln, die unseren Wohlstand und unser soziales Netz sichert. Nicht der absolute Schuldenstand muss sinken. Das ist ein Unsinn. Die Schuldenquote muss sinken, damit der Zinsaufwand,

im Verhältnis an den Steuereinnahmen gemessen, wieder auf ein vernünftiges Prozentmaß zurückgeht.

“
Die Prioritätensetzung ist zu diskutieren. Es wäre fatal, wenn die Akademie der Wissenschaften sich nur den Life Sciences verschreiben würde.

STANDARD: Was ist für Sie eine „obskure Steuererhöhung“?

Androsch: Zum Beispiel die heuer wirksam gewordene Wertpapierzuwachsabgabe, die die Börse ruiniert hat und einen Riesenverwaltungsaufwand produziert hat, aber fiskalisch nichts bringt. Das ist obskur. Noch ein Beispiel: Wenn der Nutzen bei Finanzvermögen besteuert werden soll, dann kann doch nicht auch noch der Generator, der den Nutzen produziert, be-

steuert werden. Oder auf ein einfaches Bild gebracht: Bei einer Nudelsuppe kann man nicht nur den Schnittlauch im Auge haben und so tun, als wären Suppe und Einlage nebensächlich.

STANDARD: Fällt unter diese „obskuren Steuererhöhungen“ auch der „Akademiker-Zwanziger“, den der Kärntner SP-Landeschef Peter Kaiser als Alternative zu Studiengebühren vorgeschlagen hat?

Androsch: Ja, damit ist keine wirkliche budgetpolitische Steuerungsfunktion verbunden.

STANDARD: Sehen Sie den naturwissenschaftlich-technischen Bereich ÖAW intern vernachlässigt?

Androsch: Es gibt hier sicherlich Diskussionsbedarf in der Prioritätensetzung, es wäre fatal, wenn die Akademie diesen Bereich und damit international höchst renommierte Institute aufgeben und

Der Industrielle **Hannes Androsch** (SPÖ) finanziert mit dem „Selbstverständnis als Kind der Aufklärung“ eine **Forschungsstiftung** an der Akademie der Wissenschaften. Foto: APA

sich nur den Life Sciences verschreiben würde.

STANDARD: Hat es (Grundlagen-) Forschung in Österreich in der Politik besonders schwer?

Androsch: Ja, aber nicht nur das Forschungswesen, sondern das gesamte Bildungswesen, und das wird uns in Zukunft bitter zu stehen kommen, wenn wir nicht rasch umdenken, vor allem aber die entsprechenden konkreten Maßnahmen setzen.

STANDARD: Sie haben die gemeinnützige Hannes-Androsch-Stiftung an der ÖAW eingerichtet. Warum gerade an der Akademie?

Androsch: Das ist für mich mit einer bestimmten Symbolik verbunden. Die im Vergleich zu anderen Ländern ohnehin sehr spät, 1847 in Wien nach dem Vorbild der Royal Society gegründete Akademie der Wissenschaften ist auch Sinnbild für das Zeitalter der Aufklärung. Diese hat unser Weltbild dramatisch verändert, ihre Prinzipien sind bis heute gültig. Ich verstehe die Akademie der Wissenschaften als Ausdruck dieser Gesinnung, der ich mich in meinem Selbstverständnis sozusagen als Kind der Aufklärung verpflichtet fühle. Aus diesem Zusammenhang rührt mein persönliches Naheverhältnis zur Akademie.

HANNES ANDROSCH (73) war Finanzminister (1970–81) und Vizekanzler (1976–81) im Kabinett Kreisky. Der Industrielle ist u. a. Uni-Rats-Vorsitzender an der Montan-Uni Leoben und Mitglied des Senats der Akademie der Wissenschaften, an der er 2004 eine Stiftung eingerichtet hat. Deren Zweck ist es, im Zusammenwirken mit der ÖAW wissenschaftliche Arbeiten zu den Themen Arbeit und Festigung des sozialen Ausgleichs und Friedens zu fördern.



Androsch gegen Akademikersteuer

„Obskure Steuererhöhung ohne Steuerungsfunktion“

Wien – Ex-Vizekanzler Hannes Androsch (SPÖ) hält nichts von einer „Akademikersteuer“. Vorschläge wie der „Akademikerzwanziger“ des Kärntner SP-Chefs Peter Kaiser, der statt Studiengebühren lieber von Uni-Absolventen 20 Euro monatlich ab 3200 Euro Monatsgehalt einheben würde, fallen für Androsch unter „obskure Steuererhöhungen“, sagt er im STANDARD-Interview: „Damit ist keine wirksame budgetpolitische Steuerungsfunktion verbunden.“

Die Akademie der Wissenschaften hält der Forschungsratsvorsitzende für „in besonderer Weise finanziell unterdotiert“. Das sei „ein weiterer markanter Ausdruck der Zukunftsvergessenheit unserer gegenwärtigen Budgetpolitik“.

Die rote Parteijugend protestierte am Dienstag vor der SPÖ-Zentrale, um „an die langjährige sozialdemokratische Forderung nach freier Bildung zu erinnern“. Im Ministerrat wurde die Neue Mittelschule beschlossen. (red) Seite 7